
Das Weltsozialforum, das in diesem Jahr vom 26. bis 30. März in Tunis stattfand, gab erneut Anlass zu internationaler Vernetzung der sozialen Bewegungen. Aus einigen dieser Treffen sind interessante politische Dokumente hervorgegangen, von denen wir einige nachstehend vorstellen.

Was tun mit den Schulden und dem Euro?

Ein Manifest

Die Krise

Unter dem Druck der Sparpolitik, der Rezession und der «Strukturreformen» versinkt Europa immer mehr in der Krise und im sozialen Rückschritt. Dieser Druck wird auf europäischer Ebene eng koordiniert unter der Führung der deutschen Regierung, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission. Es gibt eine breite Übereinstimmung, dass diese Politik absurd und sogar das Werk von «Analphabeten» ist: Sparpolitik mindert nicht die Schuldenlast, sondern setzt lediglich eine rezessive Spirale in Gang, mit der Folge immer höherer Arbeitslosigkeit und Verzweiflung unter den Menschen in Europa.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus betrachtet ist diese Politik dennoch durchaus rational. Sie ist ein brutaler Weg – eine Schocktherapie – zur Wiederherstellung der Profite, zur Absicherung der Renten aus Finanzanlagen und zur Durchsetzung von neoliberalen Gegenreformen. Was wir gegenwärtig erleben, ist im Grunde die staatliche Legitimierung des Rechts der Finanzindustrie, vom produzierten Reichtum ihren Teil abzuschöpfen. Das ist der Grund, weshalb die Krise die Form einer Staatsschuldenkrise annimmt.

Ein falsches Dilemma

Diese Krise bringt es an den Tag: Das neoliberale Projekt für Europa war nicht tragfähig. Es setzte voraus, dass die europäischen Volkswirtschaften einheitlicher wären, als sie in Wirklichkeit sind. Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit deren Eingliederung in den Weltmarkt und Empfindlichkeit gegenüber dem Wechselkurs des Euro zugenommen. Die Inflationsraten haben sich nicht angenähert, die niedrigen Realzinssätze haben Finanz- und Immobilienblasen gefördert und die Kapitalbewegungen zwischen den Ländern intensiviert. All diese Widersprüche existierten schon vor der Krise – verschärft seit der Gründung der Währungsunion. Aber unter den spekulativen Attacken gegen die Staatsschulden der am meisten exponierten Staaten sind sie gleichsam explodiert.

Fortschrittliche Alternativen zu dieser Krise erfordern eine grundlegende Neuordnung

Europas. Europäische und internationale Zusammenarbeit ist erforderlich für einen Umbau der Industrie, für die Herstellung ökologischer Nachhaltigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber da eine solche umfassende Neuordnung angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses nicht machbar scheint, wird in verschiedenen Ländern der Ausstieg aus dem Euro als Sofortmaßnahme vorgeschlagen. Es scheint einen Widerspruch zu geben zwischen dem, riskanten, Ausstieg aus der Eurozone und der, hypothetischen, europäischen Harmonisierung durch Arbeitskämpfe. Unserer Meinung nach ist das eine falsche Gegenüberstellung und es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine gangbare politische Strategie für die unmittelbare Auseinandersetzung entwickelt wird.

Jede soziale Umwälzung stellt die herrschenden sozialen Interessen, ihre Privilegien und ihre Macht infrage, und es ist wahr, dass diese Auseinandersetzung vor allem im nationalen Rahmen geführt wird. Aber der Widerstand der herrschenden Klassen und die Vergeltungsmaßnahmen, die sie anwenden können, weisen über den nationalen Rahmen hinaus. Die Strategie eines Ausstiegs aus dem Euro berücksichtigt nicht ausreichend die Notwendigkeit einer europäischen Alternative. Deshalb muss es eine Strategie des Bruchs mit dem «Euroliberalismus» geben, um die Mittel für eine andere Politik freizumachen. Dieser Text befasst sich nicht mit dem Programm, sondern mit den Mitteln, es durchzusetzen.

Was sollte eine linke Regierung tun?

Wir stecken mittendrin in etwas, das man technisch als «Bilanzkrise» bezeichnen könnte. Das ist eine Krise, die durch die Kombination von Entschuldung des Privatsektors und rigiden Haushaltskürzungen entsteht. Sie ist zum Dauerbrenner geworden und hat ihren Ursprung in der Akkumulation einer enormen Menge an fiktiven Guthaben, die keine reale Grundlage hatten. Praktisch heißt das, dass die Bürger heute für die Schulden aufkommen müssen, anders gesagt, dass sie die Ansprüche des Finanzsektors auf die gegenwärtige und künftige Produktion und auf die Haushaltseinnahmen bedienen müssen. In einer auf europäischer oder sogar globaler Ebene eng koordinierten Aktion haben die europäischen Staaten entschieden, die privaten Schulden zu verstaatlichen, indem sie sie in Staatsschulden verwandeln, und eine Spar- und Transferpolitik aufzulegen, um diese Schulden zu bezahlen. Das ist die Begründung für die Durchsetzung der «Strukturreformen», deren Ziele klassisch neoliberal sind: Einschnitte in die öffentlichen Dienstleistungen und die Leistungen des Wohlfahrtsstaats, Kürzung der Sozialausgaben und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, um die direkten und indirekten Löhne zu senken.

Eine politische Strategie der Linken müsste sich unserer Meinung nach auf die Eroberung einer Mehrheit für eine linke Regierung konzentrieren, die in der Lage ist, sich dieser Zwangsjacke zu entledigen.

Die Finanzmärkte loswerden und das Defizit managen

Kurzfristig müsste eine der ersten Maßnahmen einer Linksregierung sein, nach Wegen zu suchen, wie sie das öffentliche Haushaltsdefizit unabhängig von den Finanzmärkten decken kann. Die Regeln der EU verbieten das, und das ist eine der ersten Stellen, an denen ein Bruch notwendig ist. Es gibt eine breite Palette von Maßnahmen, die nicht neu

sind und in der Vergangenheit schon von einigen europäischen Regierungen angewandt wurden: eine Zwangsanleihe bei den reichsten Haushalten; das Verbot, Kredite (Anleihen) von Nicht-Staatsbürgern aufzunehmen; die Verpflichtung der Banken, einen definierten Anteil an Staatsanleihen zu kaufen; die Besteuerung internationaler Transfers von Dividenden und Kapitaleinkünften, und natürlich eine radikale Steuerreform.

Der einfachste Weg wäre, dass die jeweilige Zentralbank das Haushaltsdefizit finanziert – wie das in den USA, Großbritannien, Japan usw. der Fall ist. Es wäre möglich, eine Spezialbank zu schaffen, die sich über die Zentralbank refinanzieren kann, deren Hauptaufgabe aber wäre, Staatsanleihen zu kaufen (in der Praxis tut dies die EZB bereits).

Natürlich ist das Problem kein technisches. Es wäre ein politischer Bruch mit der bestehenden Ordnung in der EU. Ohne einen solchen Bruch würde jede Politik, die nicht darauf aus ist, «die Finanzmärkte zu beruhigen», sofort konterkariert durch einen Anstieg der Kosten für die Finanzierung der Staatsschulden.

Sich aus der Herrschaft der Finanzmärkte befreien und umschulden

Dieses erste Paket von Sofortmaßnahmen reicht nicht, um den angehäuften Berg von Schulden und Schuldendienst zu reduzieren. Man stünde dann vor folgender Alternative: Entweder werden die Sparpolitik und der Schuldendienst endlos fortgesetzt, oder es gibt sofort ein Moratorium auf die Rückzahlung der öffentlichen Schulden und Maßnahmen, diese Schulden zu streichen. Eine linke Regierung müsste sagen: «Wir können und wollen die Schulden nicht bezahlen, indem wir das Geld dafür von den Löhnen und Renten abziehen.» Nach der Erklärung eines solchen Moratoriums müsste sie eine öffentliche Anhörung der Bürger organisieren, um den Anteil der illegitimen Schulden zu identifizieren, das betreffe vor allem vier Bereiche:

- die Steuergeschenke an die reichsten Haushalte, an die Unternehmen und die «Couponschneider»;
- die «illegalen» Steuerprivilegien: Steuerflucht, missbräuchliche Abschreibungen, Steueroasen und Amnestie für Steuerflüchtlinge;
- die Bankenrettungsaktionen seit Ausbruch der Krise;
- die Schulden, die per Schneeballeffekt aus den Schulden selbst entstanden sind, aufgrund der Differenz zwischen den Zinssätzen und dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das unter der Last der Sparpolitik und der Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist.

Eine solche Anhörung öffnet den Weg zu einer Umschuldung und zur Streichung eines Großteils der Schulden. Das ist der zweite Bruch.

Die Staatsschulden hängen eng mit den Bilanzen der privaten Banken zusammen. Deshalb ist ein Rettungsplan für ein Land in aller Regel auch ein Rettungsplan für die Banken. Ein dritter Bruch mit der neoliberalen Ordnung ist daher erforderlich, nämlich die Wiedereinführung einer Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und des Kreditwesens und eine Vergesellschaftung der Banken. Das ist der einzige vernünftige Weg, um den Schuldenwirrwarr zu entflechten. Immerhin war das der Weg, den Schweden in den 90er Jahren gegangen ist (wenngleich die Banken am Ende doch reprivatisiert wurden).

Um es zusammenzufassen: Ein alternativer Lösungsweg braucht am Anfang einen dreifachen Bruch mit der herrschenden neoliberalen Ordnung:

- bei der Finanzierung der vergangenen und künftigen öffentlichen Anleihen;

- durch die Streichung der illegitimen Schulden;
 - durch die Vergesellschaftung der Banken zum Zwecke der Kontrolle des Kreditwesens.
- Das sind die Mittel für eine wirkliche gesellschaftliche Transformation. Aber wie kommen wir dahin?

Eine linke Regierung ist notwendig

Um diesen dreifachen großen Bruch durchzusetzen, der notwendig ist, um die Erpressungsmaßnahmen des Finanzsektors zu kontern, braucht es eine linke Regierung. Obwohl die sozialen und politischen Voraussetzungen für eine Konvergenz der Strategie und den Kampf für eine solche Regierung in den verschiedenen europäischen Ländern sehr unterschiedlich sind, richtete sich im Sommer 2012 das Augenmerk in ganz Europa auf die Aussichten von Syriza, die Wahlen zu gewinnen und das Rückgrat einer Regierung in Griechenland zu bilden. Seit der Zeit führt Syriza eine Kampagne rund um die wesentlichen Fragen, die wir in diesem Manifest vertreten: Eine Linksregierung ist ein Bündnis für die Aufkündigung der Memoranden der Troika und für eine Umschuldung, die die Löhne und Renten und das öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem schützt. Unser Ansatz steht im Einklang mit dem Ansatz von Syriza: «Kein Opfer für den Euro».

Ein Ausstieg aus dem Euro ist keine Garantie für einen Bruch mit dem «Euro-Liberalismus»

Es ist klar, dass eine linke Regierung, die solche Maßnahmen ergreift, entschlossen sein muss, ein sozialistisches Programm zu vertreten, und über einen großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen muss. Diesen Rückhalt kann sie nur erreichen, wenn sie dem Kampf gegen die Interessen des großen Geldes und dem Wiederaufbau einer Vollbeschäftigungsökonomie sowie der öffentlichen Verwaltung der Gemeingüter den Vorrang gibt. Von dieser Strategie darf man nicht abweichen: Wenn die Streichung der Schulden das Ziel ist, darf man von diesem Ziel nicht abrücken. Kohärenz und politische Klarheit sind Voraussetzungen für den Erfolg – und der Preis dafür.

Die erste Maßnahme einer linken Regierung muss der Kampf gegen Schulden und Sparpolitik sein.

Damit diese Politik effektiv ist, muss sich eine linke Regierung auf den breiten Rückhalt in der Bevölkerung stützen und bereit sein, jede erforderliche demokratische Maßnahme zu ergreifen, um dem Druck der Finanzinteressen standzuhalten, einschließlich der Vergesellschaftung strategischer Sektoren der Wirtschaft und der direkten Konfrontation mit der Regierung Merkel, der EZB und der Europäischen Kommission. Der Kampf für die Verteidigung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften muss auf übernationaler Ebene fortgesetzt werden. Wenn die Brüsseler Politik das zu verhindern sucht, muss der Kampf letzten Endes vom bestehenden nationalen Rahmen ausgehen. In dieser Auseinandersetzung darf der Euro kein Tabu sein, alle Optionen müssen möglich sein, einschließlich des Ausstiegs aus dem Euro, wenn es keine andere Lösung im eu-

ropäischen Rahmen gibt, oder wenn die europäischen Institutionen ein Land dazu zwingen. Aber der Ausstieg aus dem Euro sollte nicht unser Ausgangspunkt sein.

Jede linke Regierung muss sich über die Implikationen eines Ausscheidens aus der Euro im Klaren sein. Erstens wird die demokratische Souveränität dadurch nicht notwendig wiederhergestellt, die Finanzierung des Haushaltsdefizits würde zwar der Kontrolle der Finanzmärkte entzogen, aber dafür geriete die neue/alte Währung unter den Druck der Spekulanten, wenn das betreffende Land ein Außenhandelsdefizit hat.

Zweitens würde die Schuldenlast dadurch nicht gemindert. Im Gegenteil, sie würde steigen im Verhältnis zur Abwertung der Währung, weil die Schulden in Euro gehalten werden. Die Regierung wäre also gezwungen, die öffentlichen Schulden in die neue Währung zu konvertieren, was einer teilweisen Schuldenstreichung gleichkommen würde. Nur der Staat hat die Macht, eine solche Entscheidung zu treffen, selbst wenn er sich damit einen internationalen Rechtsstreit einhandelt. Private Unternehmen und Banken verfügen nicht über diesen souveränen Akt, folglich würde der Wert der privaten Schulden und Finanzschulden in nationaler Währung zunehmen. Eine Verstaatlichung der Banken wäre schließlich dennoch notwendig, allein um den Zusammenbruch des Kreditwesens zu verhindern – was die öffentliche Verschuldung gegenüber dem internationalen Finanzkapital nochmals in die Höhe treiben würde.

Drittens würde die Abwertung der Währung die Inflation anheizen, wodurch Zinsen und Zinsbelastung stiegen, ebenso die Ungleichheit der Einkommen.

Viertens wird der Ausstieg aus dem Euro gerne als Strategie präsentiert, mit der man dank der Abwertung Konkurrenzvorteile erzielen und Marktanteile gewinnen kann. Dieser Ansatz bricht aber nicht mit der Logik der Konkurrenz Aller gegen Alle und verabschiedet sich von einer Strategie des gemeinsamen europaweiten Kampfes gegen die Sparpolitik.

Unter dem Strich kann eine Linksregierung, die den Kampf gegen das Finanzkapital aufnimmt, ohne gleich den Ausstieg aus Euro und aus der EU zu propagieren, damit ihren politischen Spielraum erhöhen und ihre Verhandlungsposition verbessern, indem sie sich auf die mögliche Ausweitung des Widerstands auf andere Länder der EU stützt. Es handelt sich also um eine dynamische und internationalistische Strategie im Gegensatz zu einer isolationistischen und nationalen Strategie.

Für eine Strategie des Bruchs und der einseitigen Ausdehnung

Fortschrittliche Lösungen widersetzen sich dem neoliberalen Projekt der verallgemeinerten Konkurrenz. Sie bauen grundsätzlich auf Kooperation auf und funktionieren umso besser, je mehr sie auf eine größere Zahl von Ländern ausgedehnt werden. Wenn zum Beispiel alle europäischen Länder die Arbeitszeit verkürzen und eine einheitliche Steuer auf Kapitaleinkommen einführen würden, würde diese Koordination die Rückschläge verhindern, die unvermeidlich eintreten würden, wenn diese Maßnahmen in nur einem Land zur Anwendung kämen. Um den Weg für eine solche Kooperation zu öffnen, müsste eine linke Regierung einseitig folgende Strategie verfolgen:

– «Gute» Maßnahmen wie die Zurückweisung der Sparpolitik oder eine Steuer auf Finanztransaktionen werden einseitig eingeführt.

- Sie werden begleitet von Schutzmaßnahmen wie z. B. Kapitalkontrollen.
- Die Einführung solcher Maßnahmen auf nationaler Ebene steht im Widerspruch zum europäischen Regelwerk, das ist ein politisches Risiko, das man im Blick haben muss. Die Antwort darauf ist die Ausweitung der Maßnahmen auf andere Mitgliedstaaten.
- Die politische Konfrontation mit der EU und den herrschenden Klassen in den anderen Mitgliedstaaten, insbesondere mit der deutschen Regierung, kann sowieso nicht vermieden werden, die Drohung mit einem Austritt aus dem Euro darf nicht von vornherein generell ausgeschlossen werden.

Dieses strategische Konzept erkennt an, dass die Neuordnung Europas nicht die Voraussetzung für den Beginn einer alternativen Politik sein kann. Die möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen eine linke Regierung müssen durch Gegenmaßnahmen neutralisiert werden, die gegebenenfalls auch einen Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen beinhalten. Aber diese Orientierung ist nicht protektionistisch im üblichen Sinne des Wortes, weil sie einen Prozess der sozialen Umwälzung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht im Interesse des nationalen Kapitals in Konkurrenz zu anderen Kapitalisten schützt. Es handelt sich deshalb um einen «nach Ausdehnung strebenden Protektionismus», der verschwinden wird, wenn sich die sozialen Maßnahmen für Beschäftigung und gegen Sparpolitik europaweit durchgesetzt haben.

Der Bruch mit dem Regelwerk der EU ist eine Frage der Legitimität der richtigen und wirksamen Maßnahmen, die im Einklang stehen mit den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und auch den Menschen in den Nachbarstaaten vorgeschlagen werden. Diese strategische Orientierung kann durch soziale Mobilisierungen in anderen Ländern unterstützt werden und damit ein Kräfteverhältnis herstellen, das die Institutionen der EU in Frage stellen kann. Die jüngsten Erfahrungen mit den neoliberalen Rettungsprogrammen von EZB und EU-Kommission haben gezeigt, dass es durchaus möglich ist, einige bisherige Regeln in den EU-Verträgen zu umgehen – die EU-Institutionen selbst sind davor nicht zurückgeschreckt. Deshalb behaupten wir unser Recht, gute Maßnahmen zu ergreifen wie die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen oder die Verteidigung von Löhnen und Renten. In diesem Szenario ist der Austritt aus dem Euro, wie gesagt, entweder eine Drohung oder eine politische Waffe der letzten Instanz.

Diese Strategie setzt auf die Legitimität fortschrittlicher Lösungen, die aus ihrem Klassencharakter erwächst. Es ist eine auf Kooperation bauende Strategie des Bruchs mit dem gegenwärtigen Rahmen der Europäischen Union, im Namen eines anderen Entwicklungsmodells und gestützt auf eine neue Ordnung für Europa: ein erweiterter europäischer Haushalt, gespeist aus einer gemeinsamen Kapitalsteuer, mit dem ein europäischer Ausgleichsfonds sowie sozial und ökologisch nützliche Investitionen finanziert werden. Wir erwarten nicht, dass diese Veränderungen von allein eintreten. Auf die Tagesordnung kommt sofort der Kampf gegen die Schulden und die Sparmaßnahmen und für gerechte Maßnahmen zur Verteidigung der Löhne, der Renten, der sozialen Sicherungssysteme und der Gemeingüter.

Das ist unsere strategische Orientierung für eine Linksregierung.

April 2013

Unterzeichnete:

Zypern: Stavros Tombazos

Großbritannien: Giorgos Galanis, Özlem Onaran

Spanien: Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea, Manolo Garí, Antonio Sanabria, Jorge Fonseca, Teresa Pérez del Río, Lidia Rezagorri Villar (Euskal Herria), Jérôme Duval, Andreu Tobarra, Ander Gorroño Bidaguren (Euskal Herria), Jorge Alaminos

Portugal: Francisco Louçã, Mariana Mortagua

Frankreich: Gilles Orzoni, Jacques Rigaudiat, Philippe Zarifian, Gilles Raveaud, Jacques Cossart, Nicolas Béniès, Marc Bousseyrol, Mathieu Montalban, Samy Johsua, Catherine Samary, Dany Lang, Bruno Théret, Claude Calame, Jean-Marie Harribey, Ozgur Gun, Patrick Saurin, Antoine Math, Pierre Khalfa, Marc Mangenot, Jean Gadrey, Mireille Bruyère, Henri Philipson, Pierre Bitoun, Patrick Saurin, Bernard Guibert, Robert Kissous, Guillaume Etievant, Jean-Marie Roux, Jakes Bortayrou (Pays Basque), Thomas Coutrou, Philippe Légé, Olivier Lorillu, Boris Bilia, Christiane Marty, Bertrand Rothé, Philippe Enclos, Xavier Girard, Gérard Streletski, Christophe Pébarthe, Pierre Cours-Salies, Yvette Krolikowski, Céline Martin, Michel Bréhier, Yann Merlevede, Dany Lang, Chantal Frattaruolo, Yves Chassin, Martial Picot, Gustave Massiah, Catherine Harmant, Christian Zanne, Antoine Cantais, Geneviève Morenas

Belgien: Eric Toussaint, Pierre Vermeire

Schweden: Rodolfo Garcia, Örjan Appelqvist

Niederlande: Willem Bos

Schweiz: Jean Batou, Pierre Vanek